

Wirtschaftliche



Zeitung

10 Pfennig

Berlinerische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Mit Kurszettel

Verlag: Eduard C. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantwortl. Direktor (in Amd. & Hoadestadt): Carl Meißel, Berlin. Uvarov. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhofs 5600-5608, für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3086-3095 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Verhandlungen zur Regierungsbildung.

Wahrscheinlichkeit eines Geschäftskabinetts.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung im Reich sind Mitte Dezember erfolglos geblieben und auf den Januar verlegt worden, weil nach den Beschlüssen der Deutschen Volkspartei, sich nur an einer Reichstagsliste zu beteiligen, und dem Zentrum, der einen Reichstagsloß ablehnte, bei der Zusammenfassung des neuen Reichstages eine Mehrheitsbildung sich als unmöglich erwies. Zwischen Weichmann und Neujahr hat sich darin nichts geändert, die Schwieberteil einer Regierungsbildung auf parlamentarischer Grundlage sind die größten Hindernisse. Man hat heute auf dem alten Pfad. Der ineffiziente Auftrag des Reichstagspräsidenten an Reichstagspräsident Marx, die Parteien über ihre Stellungnahme zur Reichstagsbildung zu sondieren und eventuell auch die Neubildung des neuen Reichstagsministeriums zu versuchen, hat noch Günstigkeit, trotzdem die Sondierungen im Dezember ein negatives Ergebnis gebracht haben. Marx ist gestern und heute vom Reichstagspräsidenten empfangen worden. Die Ansprachen hatten wiederum die Möglichkeit einer Regierungsbildung zum Gegenstande. Eine offizielle Betätigung des Herrn Marx ist auch heute noch nicht erfolgt. Aber in ineffizienten Auftrage wird der Reichstagspräsident jetzt seine Bemühungen fortsetzen.

Es dürfte, nach den Erfahrungen, die Herr Marx bei seinen Ansprachen mit den Parteiführern im Dezember gemacht hat, kaum wieder in der Richtung einer parlamentarischen Kombination gehen. Die Lösung der Reichsliste wird jetzt in der Bildung eines von den Parteien und Fraktionen losgelassen, „auswahlfähigen“ Geschäftskabinetts gesucht. Der Gehalts ist nicht neu, seine Ausübung schon während der verflochtenen Legislaturperiode mehrfach versucht worden und ist einmal auch verwirklicht worden: im Kabinett Cuno. Die Erfahrungen, die man mit der Regierung Cuno gemacht hat, sollten eigentlich sprechen. Aber es ist ein immerhin wesentlicher Unterschied zu vergleichen: Während Cuno nicht nur mit dem parlamentarischen Boden, sondern auch mit den Fragen der großen Politik, die damals im Vordergrund standen, völlig unversandt war, hat an die Spitze des kommenden Geschäftskabinetts wieder Herr Marx treten, der nicht nur mit dem Parlament vertraut ist, sondern auch ein bestimmtes, genau bekanntes innen- und außenpolitisches Programm hat. Die Koalition der Mitte ist infolge der Reichstagsforderung der Deutschen Volkspartei auseinandergebrochen und zurzeit nicht wieder herzustellen. Aber die Politik der Mitte kann und soll darum doch fortgesetzt werden, weil sie die einzig mögliche ist und im Reichstags auf die Interferenz einer starken Mehrheit rechnen darf, die ein parlamentarisches Kabinett bei den gegebenen Verhältnissen nicht erlangen könnte.

Beständiger Bedanke bei den Bemühungen um ein Geschäftskabinett wird also die Sicherung der Politik der bisherigen Mitte ohne eine Koalition der Mitte sein. Ob der Reichstagspräsident, aber es seine Entschlüsse über die Zusammenfassung des Geschäftskabinetts legt, sich mit den Parteien ein oder einmal in

Verbindung setzen oder ob er ohne Rücksichtnahme mit den Forderungen des Reichstagspräsidenten seine Vorschläge unterbreiten wird, ist für Stunde noch eine offene Frage, die aber vielleicht heute abend schon beantwortet sein wird. Auf jeden Fall dürfte in das Geschäftskabinett die Mehrzahl der bisherigen Reichsminister übernommen werden. Es wird sich eigentlich nur um eine Ergänzung des Reichstagskabinetts handeln; um die Befreiung jener Parteiführer, die bereits frei sind Reichstags- und Reichsministeramt. — Soweit jener, die bei einer Neubildung der Regierung unter allen Umständen frei werden: Reichsminister des Innern (Dr. Jaeger) ist als Oberbürgermeister noch Duisburg zurück und Reichstagsministeramt (Dr. S. am tritt in die Privatwirtschaft über). Die Auswahl der Persönlichkeiten für diese vier Reichsministerien wird dem Reichstagspräsidenten die Möglichkeit geben, den Charakter seines Kabinetts als eines Geschäftskabinetts zu unterstreichen und bei Sicherung der Fortführung des bisherigen politischen Programms nicht nur den Parteien der Mitte, sondern auch den Gliederpartei die kostliche Unterbrechung der Reichsregierung zu erleichtern.

Der Deutschen Volkspartei hilft ihre Lösung aus der Gasse, in die sie sich verannt, die Deutschnationale. Die dürfen auch keine allzu großen Schwierigkeiten machen. So groß auch bei ihnen das Gehören nach den Ministerstellen ist, so gering ist die Forderung nach der Übernahme der Verantwortung für die äußere Politik, für die sie ja doch nur das Rezept der Mitte und nicht das des Deutschen Volkspartei annehmen können. Es wäre ihnen schon lieber, daß die anderen die Politik machen, die notwendig ist, und sie selbst die darüber Möglichkeit beibehalten, alles in Grund und Boden zu veranlassen. Die Deutschnationalen haben wenig Interesse für die Regierungsbildung im Reich, um so mehr aber für die neuen Verträge.

Die Drängen über den neuen Vertrag die alte Regierung werden. Die Deutschen Volkspartei hat aber schließlich, ihre beiden Minister, den Finanzminister Dr. A. Richter und den Außenminister Dr. Voellig, abzugeben. Die Demission der beiden Herren ist aber bisher noch nicht erfolgt. Vielleicht wollen die Fraktionen des preussischen Landtages abwarten, wie sich die Dinge im Reich entwickeln, und aus der Form der Regierungsbildung im Reich ihre Schlussfolgerungen ziehen. Die Deutschnationale werden bei ebenfalls nicht die Möglich, eine Gesamtbemerkung der preussischen Landesparlamentarier, die nicht bewiesen ist, daß sein Kabinett im neuen Vertrag nicht über eine Mehrheit verfügt. Zunächst wird die erste Sorge der neuen Parlamente sein, sich zu konstituieren. Im Reichstag sowohl wie im preussischen Landtag sind die sozialdemokratischen Fraktionen die stärksten und erheben den Anspruch, daß der Präsident ihnen Weihen entnommen werden. Die Reichstagsfraktion hat die Kandidatur Pöbes angemeldet. In Preußen wird wieder Vetterl Präsident des Abgeordnetenhauses. Wie man hier, soll an seiner Stelle der Abg. Barthele kandidieren, der seit vielen Jahren Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes ist.

Es ist für gewisse Produkte, die deutsche Industrie in hohem Maße interessiert, wie Schienen, Eisen, Aluminium etc. hergestellt werden sollen, die gerade prohibitiv die Natur sind. Unter diesen Umständen würde auch der Aufstieg eines Protektionszolls für die deutsche Industrie und den deutschen Ausfuhrhandel nur geringes Interesse bieten können. Der deutsche Handel und die deutsche Industrie haben sich auf dem französischen Markt zunächst einmal Zug zu schaffen. Dies würde aber durch die neuen französischen Zollsätze vollkommen ausgeschlossen sein. Die französische Delegation hat bisher den Standpunkt vertreten, daß es nicht in ihrer Kompetenz liegt, an der Zoll-Schranke irgendwelche Veränderungen vorzunehmen. Man sieht also im Augenblick noch nicht, welcher Ausweg gefunden werden könnte. Es wiederholen sich also bei den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen ähnliche Schwierigkeiten, wie sie auch bei den deutsch-englischen, französisch-englischen und französisch-amerikanischen Verhandlungen vorkommen. Die Verhandlungen laufen gutem Fortschreiten. Die Anknüpfung, daß die deutsche Delegation aus politischen Gründen Obstruktion teile, ist vollkommen unbegründet.

Die Instruktionen für Eshurchill.

Wahrscheinlichkeit der „Wirtschaftlichen Zeitung“.

Am 5. Januar wird unter dem Vorbehalt von Baldwin das Kabinett zu neuem Aufbruch treten, und die britischen Instruktionen für Eshurchill in aufzugeben, die am 6. Januar früh mit seinem Unterstaatssekretär, dem Schwerehörigen Stempeler, und mehreren Vertretern zur Finanzminister-Konferenz nach Paris reisen wird.

Englische Auffassungen.

Die „Times“ antworten der „Wirtschaftlichen Zeitung“.

Die „Wirtschaftliche Zeitung“ hatte am Mittwoch morgen die Stellung Englands zur Währungsfrage und seine Begründung für die vorläufige Nichtübernahme der Kölner Zone behauptet. Mit diesem Artikel der „Wirtschaftlichen Zeitung“ hat sich am Donnerstag die englische Presse lebhaft beschäftigt. Die meisten Wähler begrüßen sich damit, den Aufschwung auszuführen zu können. „Daily Telegraph“ und „Times“ aber fügen eingehende Kommentare hinzu. Der „Daily Telegraph“ fühlt sich verpflichtet, von der Zustimmung der neuen Vorschläge gegen England“ zu sprechen und behauptet, die Billigung des Handelsvertrages zwischen Deutschland und England durch den Deutschen Reichstag könnte Deutschland erheblich mehr schaden als England. Auf diese sehr allgemeine Behauptungen einzugehen, erübrigt sich. Sehr bemerkenswert hingegen sind die Darlegungen des Berliner Korrespondenten der „Times“. Wie gegen sie nachzugehen ist nach dem Druckbericht des Londoner Vertreters der „Wirtschaftlichen Zeitung“ wieder:

„Ich habe gute Gründe dafür, erklären zu können, daß die Darstellung der Zusammenhänge in meinem Widerspruch zu den Tatsachen liegt. Es ist bekannt, daß die englischen Offiziere der Mission, insofern sie einen Missionen in Frage kommen, vorwiegend herein teilnehmenden Einfluss auf die Entscheidung gehabt haben. Die Zerstückelungsforderungen, die an die Industrie gestellt worden, sind von der Kontrollkommission als Ganzes gelehrt worden, und ich habe ferner gute Gründe, erklären zu können, daß die englischen Offiziere der Mission in keiner Weise durch Erwägungen sich haben lassen, wie in dem französischen Zeitungsbericht behauptet wird. Wenn der Wert der Anleiheunterschieden, dessen Beschaffung der Kontrollkommission gelehrt wird, von wesentlicher Bedeutung für die wirtschaftliche Selbstverpflichtung, wie angebeutet wurde, so würde diese eine bedeutsame Unterstützung der Argumente bilden. Aber es ist im Gegenteil jeder Grund vorhanden, um anzunehmen, daß die geringe Bedeutung der Anlagen der Grund ist, warum man die Frage nur in allgemein gehaltenen Verleumdungen befehlen. Die Behauptung, daß die Kontrollkommission in keinem mit offizieller Ermächtigung ausgestattet, und die einzigen Sachverständigen, die daraus zu ziehen ist, ist die, daß dies zu einem bestimmten, aber durchsichtigen Zweck geschieht. Ob diese Behauptungen werden durch eine andere Behauptung eines anderen Charakteres in London abgelehnt werden. Sie besteht darin, daß der Handelsvertrag, der in London abgeschlossen wurde, nicht rechtlich bestätigt werden kann, und daß seine Ratifikation als ein Hebel benutzt werden kann, um die Verhandlungen über die Kölner Zone herbeizuführen. England reagiert im allgemeinen nicht auf diese Art von Angriffen, die so latissim sind. Aber es ist unwahrscheinlich, daß unter Welt dahin weiß, daß sie erfolgen. Diese Drohungen zulassen mit den Verpflichtungen der „Wirtschaftlichen Zeitung“ sind ein Teil der bewährlichen Wirkungen, die durch die Verkopplung des Währungsproblems und der Militärkonten hervorgerufen werden. Was aus immer die ersten Wählenden gewesen sein mögen, die Rechte sind jetzt festgestellt. Die am Werte sind, die die Kritik Englands in das internationale Recht zu ziehen und die Aktion zu erwecken, daß unsere Haltung nicht nur durch unsere eigenen Interessen, sondern durch die Interessen der niedrigen Art bestimmt werden. Eine Haltung, die man sie prüft, ausschließlich auf der Neutralität gegenüber anderen Mächten beruht, wird hier sogar in verantwortlichen Kreisen zu unferne Argumenten ausgeschlossen. Da der Bericht der Militärkontrollkommission, die Verhandlungen über die Kölner Zone herbeizuführen angeht, daß die beste Antwort auf diese Kritik darin besteht, den Bericht mit so wenig Veränderung wie möglich zu veröffentlichten. Dagegen, die durch den Bericht hindurchzuweisen werden — und dies wird keine leichte Aufgabe sein — werden dann in der Lage sein, sich ein unabhängiges Urteil zu bilden über die falschen Behauptungen, denen freier Lauf gelassen wird. So lang man den Vertrag nicht ratifiziert, ist es nicht einzuordnen, ein so offenen Charakter hat, wie die „Wirtschaftliche Zeitung“ behauptet, wenn tatsächlich Wirtschaftsverträge in dem Umfang werden finden, daß ihre Verwertung zu Friedenszwecken eine große Rolle im deutschen Industriegebiet spielen würde, kann würde es zweckmäßig sein, derartige Tatsachen aus Sicht zu ziehen. Es kann dann möglich sein, ein Artikel darüber zu fassen, ob die deutsche Regierung im Verzuge ist Begriffe fertig, wieder zu rufen. Eine solche Entscheidung würde eine gute Wirkung haben. Sie würde die Ermöglichten gegen die Reaktion stärken, die Äußerungen gegen die Generale von Eresh und seine Truppen. Wenn er auch andererseits nicht einen so offenen Charakter trägt, so würde das Fiktion des Herrn Stempeler zugunsten von Verhandlungen und Kompromissen erwünschener sein.“

Es wird hier in wäner Kreise angenommen, daß England ausgeht mit, in der Kölner Zone zu bleiben, um französisch gefällig zu sein, und zwar im Austausch für wesentliche Kon-

Frankreichs Prohibitivzölle.

Wahrscheinlichkeit der „Wirtschaftlichen Zeitung“.

* Paris, 2. Januar. Das „Deuener“, das bereits gestern von der Möglichkeit eines bevorstehenden Tarifkrieges zwischen Frankreich und Deutschland gesprochen und sich im allgemeinen über die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sehr pessimistisch geäußert hatte, erneuert heute seine Angriffe gegen die deutschen Verhandlungsmethoden in den französisch-deutschen Wirtschaftsverhandlungen. Das Blatt beschuldigt den Führer der deutschen Delegation, Staatssekretär Trendelenburg, daß er verusche, eine Erpressungstaktik vorzunehmen und zu erklären, Deutschland werde so lange keinen Wirtschaftsvertrag mit Frankreich abschließen, so lange Frankreich die Beibehaltung der Befreiung der Kölner Zone verweigere. Gegenüber diesen Behauptungen des „Deuener“ kann festgestellt werden, daß Staatssekretär Trendelenburg ausdrücklich gegenüber dem französischen Wirtschaftsminister Magnatoli erklärt hat, daß die Haltung der deutschen Delegation bei den Wirtschaftsverhandlungen nur keinerlei politischen Motiven beeinflusst sei. Es ist in der Tat richtig, daß für das Kabinett Herrin in den Wirtschaftsverhandlungen eine recht schwierige Periode durchläuft hat. Die Verhandlungen gehen aber vor allen Dingen aus Fragen rein rechtlicher Natur. Insbesondere ist die Frage zur Zoll-Schranke, die der deutschen Delegation nunmehr in ihrer Obermacht bekannt geworden ist und deren einzelne Positionen augenblicklich einer Prüfung unterliegen, derartig ge-

Deutschlands „Gehemrührung“.

Wie man Beweise gegen uns fannmt.

Am 14. November v. J. brachten die „Times“ einen Aufsatz mit der Überschrift: „Die chemische Industrie des Reiches“.

Die chemische Industrie des Reiches ist die durch den Vertrag bedingte Befähigung der deutschen Rüstungen durch die Einführung neuer Verfahren aufzuheben. Diese Bemühung hat ihren Ausdruck in der Schöpfung eines großen Laboratoriums in den Jahren 1897 bis 1900 gefunden. Die chemische Industrie des Reiches ist die durch den Vertrag bedingte Befähigung der deutschen Rüstungen durch die Einführung neuer Verfahren aufzuheben. Diese Bemühung hat ihren Ausdruck in der Schöpfung eines großen Laboratoriums in den Jahren 1897 bis 1900 gefunden.

Die chemische Industrie des Reiches ist die durch den Vertrag bedingte Befähigung der deutschen Rüstungen durch die Einführung neuer Verfahren aufzuheben. Diese Bemühung hat ihren Ausdruck in der Schöpfung eines großen Laboratoriums in den Jahren 1897 bis 1900 gefunden.

Die chemische Industrie des Reiches ist die durch den Vertrag bedingte Befähigung der deutschen Rüstungen durch die Einführung neuer Verfahren aufzuheben. Diese Bemühung hat ihren Ausdruck in der Schöpfung eines großen Laboratoriums in den Jahren 1897 bis 1900 gefunden.

Die chemische Industrie des Reiches ist die durch den Vertrag bedingte Befähigung der deutschen Rüstungen durch die Einführung neuer Verfahren aufzuheben. Diese Bemühung hat ihren Ausdruck in der Schöpfung eines großen Laboratoriums in den Jahren 1897 bis 1900 gefunden.

Die chemische Industrie des Reiches ist die durch den Vertrag bedingte Befähigung der deutschen Rüstungen durch die Einführung neuer Verfahren aufzuheben. Diese Bemühung hat ihren Ausdruck in der Schöpfung eines großen Laboratoriums in den Jahren 1897 bis 1900 gefunden.

1904 in der Wahl Rheinpfalz auf 69,000 Stimmen brachte, ein solches Gezeihen, als Vertreibung für seine Fehler wird das absolute Mißverhältnis in „größeren Ausmaßen“ angeben.

Deutschlandbezüge des „Matin“.

Mittheilung, 2. Januar. (R. F. 2.)

Der „Matin“ veröffentlichte nur wenigen Tagen eine Mitteilung aus Holland, die aus sehr vertrauenswürdigem Quelle stammen sollte, und in der mitgeteilt wurde, daß ein Minister der Reichsregierung, Herr von Schlegel, dem Reichstag in Brüssel mitgeteilt habe, was als ein neuer Beweis für Deutschlands Bemühung gelten könne.

Die Kontorabfrage ungeklärt.

Die „Münchener Post“ bemerkt die Nachricht, daß ein Einigungsformel für Annahme des Kontorabts gefunden worden ist. Eine Stellungnahme seitens der Partei oder des Ministes Barck ist nicht erfolgt und hätte auch nicht erfolgen können, weil die Mitteilung der bayerischen Regierung an den Ministern erst vor ganz kurzer Zeit erfolgt ist.

Ehrt an Hainrich.

Der Reichspräsident hat dem österreichischen Bundespräsidenten folgendes Telegramm zugesandt: „Zum Jahreswechsel spreche ich Ihnen und dem hiesigen Reichspräsidenten die herzlichsten Glückwünsche aus und hoffe, daß Österreich und Preußen im kommenden Jahre auf dem besten Wege zur einträglichsten Mitwirkung erfolgreich fortgeschritten werden. Ehrt, Reichspräsident.“

Landtagswahl in Lippe.

Für die am 18. Januar stattfindende Landtagswahl sind sieben Kandidaten in Aussicht genommen, die sich in vier Gruppen vertheilen werden. Der wichtigste Kandidat ist ein Kandidat der beiden Landesvereine des Haus- und Grundbesitzervereins und des Spar- und Hypothekengeldvereins.

Es lesen und lesen — und wenn er unter dem ungeklärten Wogen liegt, wird er immer noch nicht.

Hinterreißer, 2. Januar mit Fahrstuhl.

Osella Werberet in Neffensteuer.

Osella Werberet hat sich wieder selbständig gemacht und spielt jetzt im Neffensteuer „Hofa Kalkula“, die überflüssige Witwe, die wieder betreten möchte, sich in einen jungen Mann verliebt und schließlich mit einem alten Mann verheiratet. Das Stückchen von 3. und 4. Acte ist ein sehr gelungenes Stückchen. Die Darstellung ist sehr lebendig und die Aufführung ist sehr gelungen.

„Das neue Theater.“

„Das neue Theater.“ Die Aufführung von „Das neue Theater“ ist eine sehr interessante Aufführung. Die Darstellung ist sehr lebendig und die Aufführung ist sehr gelungen.

„Das neue Theater.“

„Das neue Theater.“ Die Aufführung von „Das neue Theater“ ist eine sehr interessante Aufführung. Die Darstellung ist sehr lebendig und die Aufführung ist sehr gelungen.

Rabinetsbildung und Außenpolitik.

Reichsminister Marz schreibt zur Jahresende: „Nach wie es nicht über dem Berg. Schwere Aufgaben haben in dem kommenden Jahr vor uns. Inzwischen haben wir die Außenpolitik nicht nur aufrecht erhalten, sondern verteidigt, das Reichsministerium zu größerer Einigkeit gebracht und von der Gegenpartei die vertraglich vereinbarte Räumung großer Gebiete an Rhein und Ruhr erzielt werden. Dazu bedarf es der Anspannung aller Kräfte. Mit fleißigen patriotischen Händchen, wie wir sie gerade in den letzten Monaten, bis zum Liebesabzug, kommen wir nicht weiter.“

Die Außenpolitik hat unter Ihrer Führung, ausgehend von den äußeren Rufen und Wünschen, sondern auch zwischen den Parteien, mehr als einmal dem Vorhanden der Volksgemeinschaft in die politische Diskussion geworfen, leider ohne den gewünschten Erfolg. Was man in der Not der Kriegszeit als fähigere Händchen vorkommen ließ, wird man heute, da es gilt, auch die Folgen des verlorenen Krieges gemeinsam zu tragen, nicht mehr gelten lassen.

Programm der Heilpads.

Rachrichtendienst der „Volligen Zeitung“.

Beim Neujahrsempfang der bayerischen Regierung hielt der Reichspräsident Dr. Heilpads eine politische Ansprache, in welcher er die außen- und innenpolitische Lage kurz freisprach. Der Reichspräsident sprach über die außen- und innenpolitische Lage kurz freisprach. Der Reichspräsident sprach über die außen- und innenpolitische Lage kurz freisprach.

„Auf die innenpolitische Lage“

„Auf die innenpolitische Lage“ übergehend, betonte der Reichspräsident Dr. Heilpads, daß nicht eine Rabinetsbildung notwendig ist, die die innenpolitische Lage kurz freisprach. Der Reichspräsident sprach über die innen- und außenpolitische Lage kurz freisprach.

„Es ist immerhin ein tröstliches Zeichen, daß gegen die Interessen aller“

„Es ist immerhin ein tröstliches Zeichen, daß gegen die Interessen aller“ übergehend, betonte der Reichspräsident Dr. Heilpads, daß nicht eine Rabinetsbildung notwendig ist, die die innenpolitische Lage kurz freisprach.

„Eindruck gegen die bayerische Forderung.“

„Eindruck gegen die bayerische Forderung.“ übergehend, betonte der Reichspräsident Dr. Heilpads, daß nicht eine Rabinetsbildung notwendig ist, die die innenpolitische Lage kurz freisprach.

„Geist reißt nach Holland.“

„Geist reißt nach Holland.“ übergehend, betonte der Reichspräsident Dr. Heilpads, daß nicht eine Rabinetsbildung notwendig ist, die die innenpolitische Lage kurz freisprach.

